

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Die Bürgermeisterin**

Ratsbetreuender Fachbereich: Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 17.06.2003
	Schriftführer                      Telefon-Nr. Herr Kredelbach                      02202/142237
<b>Niederschrift</b>	
<b>Rat</b>	<b>Sitzung am 05.06.2003</b>
Sitzungsort  Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:06 Uhr - 18:00 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Tagesordnung</b>	

**A      Öffentlicher Teil**

- 1.      Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit**
- 2.      Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3.      Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 10.04.2003 - öffentlicher Teil -  
295/2003**
- 4.      Mitteilungen der Bürgermeisterin**
- 5.      Satzung über die Festlegung der Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter in den Rat der Stadt Bergisch Gladbach für die Wahlperiode 2004 bis 2009  
288/2003**
- 6.      Freistellung von der Verdingungsordnung für Bauleistungen und Leistungen (VOB/VOL); Teilnahme am Modellversuch des Landes NRW  
285/2003**
- 7.      V. Nachtragssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach**

- 274/2003
8. **Einwohnerfragestunde**  
173/2003
  9. **Zusammenlegung der Kath. Grundschule Buchmühle und der Ev. Grundschule Am Broich**  
259/2003
  10. **Entgelte für die VHS-Veranstaltungen im Herbstsemester 2003**  
271/2003
  11. **Erhöhung der Ausleihgebühren für die Geräte der Bildstelle ab 01.07.2003**  
273/2003
  12. **Erlaß von Richtlinien zur Bewirtschaftung der Schulbudgets**  
275/2003
  - 13.1 **Antrag der SPD-Fraktion vom 06.05.2003 auf Umbesetzung im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr und im Planungsausschuss**  
287/2003
  14. **Anfragen der Ratsmitglieder**

---

**B**     **Nichtöffentlicher Teil**

1.     **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil -**
2.     **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 10.04.2003 - nichtöffentlicher Teil -**  
*296/2003*
3.     **Mitteilungen der Bürgermeisterin**
4.     **Anfragen der Ratsmitglieder**

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Sie benennt für die heutige Sitzung folgende relevanten Unterlagen:

1. die Einladung vom 23.05.2003 mit den dazugehörigen Vorlagen,
2. das Schreiben vom 04.06.2003 mit der ergänzten Anlage zur Tagesordnung sowie der schriftlichen Anfrage der CDU- Fraktion zur Neugestaltung des Bereiches „Driescher Kreuz“,
3. ein Anschreiben an Frau Hammelrath vom 03.06.2003 zur Spende der Bethestiftung, das allen Stadtverordneten als Tischvorlage zur Kenntnis gegeben wurde.

#### 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Herr Dr. Fischer weist auf seine Anfrage zum Haushaltssicherungskonzept hin, die er unter Punkt 42 des öffentlichen Teiles in der vergangenen Ratsitzung gestellt habe. Diese Anfrage sei von der Verwaltung mit Schreiben vom 07.05.2003 beantwortet worden, welches der Niederschrift als Anlage beigefügt wurde. Mit dem Inhalt dieser Beantwortung könne er sich nicht einverstanden zeigen. Die Verwaltung habe ausgeführt, daß die von ihm in Frage gestellten Einnahmesteigerungen auf der Grundlage der Orientierungsdaten des Landes Nordrhein-Westfalen basierten und daher einzusetzen waren. Dies habe er jedoch bereits vorher gewußt. Seine Frage habe auf die politische Komponente der Angelegenheit abgestellt, nämlich wie die Verwaltung künftig mit der zu erwartenden wesentlich schlechteren Einnahmesituation umzugehen gedenke.

Stadtkämmer Kotulla verbleibt dabei, daß die von Herrn Dr. Fischer kritisierten Daten aufgrund der Vorgaben der Landesregierung zu übernehmen waren. Da Herr Dr. Fischer eine politische Wertung der Angelegenheit erwarte, sei die Politik gefordert, die Orientierungsdaten zu ändern. Derzeit werde die regionale Steuersatzung in den einzelnen Bundesländern aufgearbeitet. Daher habe die Verwaltung abgewartet, ob von dieser Seite noch eine Modifizierung erfolge. Das neue Schreiben von Herrn Dr. Fischer werde auf jeden Fall beantwortet.

Im übrigen wird die Niederschrift genehmigt.

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 10.04.2003 - öffentlicher Teil -**

Bürgermeisterin Opladen aktualisiert den Bericht in Punkten 18, 19, 20, 21, 33, 35, 37 und 42. Diese Aktualisierung ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Im übrigen nimmt der Rat den Bericht zur Kenntnis.

4. **Mitteilungen der Bürgermeisterin**

1. Mitteilung zu den Versäumnissen der Verwaltung im Zusammenhang mit der Spende der Bethe-Stiftung

Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, daß sie bereits im Hauptausschuß am 27.05.2003 zu den Versäumnissen der Verwaltung im Hinblick auf die oben genannte Angelegenheit und zu ihren Konsequenzen daraus Stellung genommen habe. Seiner Zeit habe noch die Beantwortung des Schreibens von Frau Hammelrath ausstanden, von der sie am 09.05.2003 nachmittags per Telefax auf den Fristablauf hingewiesen wurde. In der Zwischenzeit sei dieses Telefax beantwortet worden mit dem Ziel, den Sachverhalt in allen Details darzustellen. Da ihrer Meinung nach auch alle anderen Mitglieder des Rates einen Anspruch auf diese Erläuterungen hätten, sei ihnen eine Kopie der Antwort als Tischvorlage vorgelegt worden. Hierfür habe sie das Verständnis von Frau Hammelrath vorausgesetzt.

2. Mitteilung zur Besetzung des Jugendhilfeausschusses ( Jugendhilfe- und Sozialausschuß)

Bürgermeisterin Opladen informiert, daß der Präsident des Landgerichtes Köln mit Schreiben vom 13.05.2003 mitgeteilt habe, daß er Frau Direktorin am Amtsgericht Lydia Niewarth zum stellvertretenden beratenden Mitglied des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) der Stadt Bergisch Gladbach benannt habe. Beratendes Mitglied bleibe wie bisher Herr Richter am Amtsgericht Sellmann.

3. Mitteilung zum Thema „Ratsmitglieder als Amtsträger“

Bürgermeisterin Opladen weist auf die Presseberichterstattung hin, nach welcher das Landgericht Köln in einer Entscheidung vom 28.05.2003 vorerst klar gestellt habe, daß Ratsmitglieder im Gegensatz zu den Abgeordneten im Bundes- oder Landtag Amtsträger im Sinne des Strafgesetzbuches seien und daher wegen Bestechlichkeit oder Vorteilsnahme zur Rechenschaft gezogen werden könnten. Der Regierungspräsident habe nach dieser Entscheidung klare Kriterien gefordert, um die Befangenheit von Ratsmitgliedern feststellen zu können. Auch sie messe der Entscheidung besondere Bedeutung für das ehrenamtliche Engagement kommunaler Mandatsträger bei und werde deshalb das Thema aufgreifen. Sie beabsichtige zunächst, beim Landgericht das oben erwähnte Urteil anzufordern, um sich selbst mit den Entscheidungsgründen

des Gerichtes befassen zu können. Nach der Auswertung des Urteils und der Aufarbeitung des Themas werde sie dem Rat denkbare Lösungen vorschlagen.

4. Mitteilung zum Bürgerbegehren gegen das US-Cross-Border-Leasing

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß ihr die Vertreterinnen und Vertreter des Bürgerbegehrens gegen das US-Cross-Border-Leasing in Bergisch Gladbach vorgestern die Unterschriftenlisten mit den Unterstützungsun- terschriften überreicht hätten. Die Verwaltung habe mit der Prüfung der An- gaben in diesen Listen begonnen. Der Rat werde in seiner kommenden Sit- zung am 17.07.2003 mit der Angelegenheit befaßt.

5. Mitteilung zum 30. Geburtstag von Heidi Klum

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß sie Frau Heidi Klum herz- lichst zum 30. Geburtstag gratuliert habe, nachdem sie am Wochenende hier- von aus der Zeitung erfahren habe. Selbstverständlich habe sie ihr bei dieser Gelegenheit erneut für das Engagement zugunsten Bergisch Gladbachs ge- dankt, so wie dies bereits nach der Sendung „Wer wird Millionär“ geschehen sei, bei der Heidi Klum sich für das Kinderdorf Bethanien einsetzte. Gemein- sam mit den Herren Fritz Roth und Willi Lensgen habe sie Frau Klum auch zu einem Bergisch Gladbacher Stadtlauf eingeladen.

Leider habe sie gehört, daß die Schreiben entweder bei Frau Klum gar nicht angekommen seien oder lediglich von dieser zur Kenntnis genommen wurden. Dennoch werde sie sich weiterhin für das positive Stadtmarketing durch Frau Klum dankbar zeigen.

6. Mitteilung zur Pfingstkirmes

Bürgermeisterin Opladen gibt die Einladung des Schaustellervereines Ber- gisch Gladbach e.V. an den Rat und die Verwaltung zur Eröffnung der Pfingstkirmes am Samstag, dem 7. Juni 2003 um 12 Uhr auf dem Konrad- Adenauer-Platz bekannt.

7. Mitteilung zur Einladung der IGP zur Entlassungsfeier für die Abiturienten

Bürgermeisterin Opladen informiert über eine Einladung der Intregierten Ge- samtschule Paffrath (IGP) zur Entlassungsfeier für die Abiturienten am 27.06.2003 um 19.30 Uhr. Sie sei gebeten worden, diese Einladung auch an die Mitglieder des Rates weiterzugeben.

5. **Satzung über die Festlegung der Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter in den Rat der Stadt Bergisch Gladbach für die Wahlperiode 2004 bis 2009**

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

**Die Satzung über die Festlegung der Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter in den Rat der Stadt Bergisch Gladbach für die Wahlperiode 2004 bis 2009 wird in der beiliegenden Form beschlossen.**

**6. Freistellung von der Verdingungsordnung für Bauleistungen und Leistungen (VOB/VOL); Teilnahme am Modellversuch des Landes NRW**

Herr Hagen spricht sich für die Teilnahme der Stadt Bergisch Gladbach am Modellversuch aus.

Frau Ryborsch bezweifelt, daß die Teilnahme sachdienlich sei und hierdurch Geld eingespart werde. Zudem werde Verantwortung auf untergeordnete Mitarbeiter verlagert, obwohl die Abteilungen, in denen sie arbeiteten, personell nicht ausreichend besetzt seien. Daher könne dort nicht einmal dem sogenannten „Vier-Augen-Prinzip“ Rechnung getragen werden. Weiterhin unterbleibe die an sich notwendige Einbindung eines Mitarbeiters des Rechnungsprüfungsamtes. Insoweit sei nicht erkennbar, daß genügend Schutzmechanismen gegen Korruption vorgesehen werden. Interessanterweise habe sich auch die Kreishandwerkerschaft in einem mehrseitigen Schreiben sehr dezidiert gegen eine Teilnahme am Modellversuch ausgesprochen.

Sodann faßt der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der CDU folgenden **Beschluß**:

Die Verwaltung wird aufgrund des vorliegenden Ratsbeschlusses vom 16. 7. 2002 am Modellversuch des Landes Nordrhein - Westfalen " Freistellung von der VOB/VOL " teilnehmen. Wegen des fast um ein Jahr verspäteten Beginns des Modellversuchs wurde seine Laufzeit bis zum 30. 6. 2005 verlängert.

**7. V. Nachtragssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach**

Herr Hagen bedauert, daß aufgrund der vom Gesetzgeber gewollten Änderung des Landeshundegesetzes nunmehr auch in Bergisch Gladbach Züchter von Rottweilern von einer höheren Besteuerung betroffen seien.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß**:

**Die V. Nachtragssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Vorlage unter Berücksichtigung der redaktionellen Änderung in § 2 Abs. 2 d beschlossen.**

**8. Einwohnerfragestunde**

**1. Einwohneranfrage zu Sitzungsgeldern der Wahlbeamten**

Herr Klaus Hoffmann verliest seine Einwohneranfrage vom 23.05.2003 zu den

Sitzungsgeldern für Wahlbeamte. Das Schreiben ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Sodann beantwortet Bürgermeisterin Opladen diese Einwohneranfrage. Sie teilt mit, daß die Wahlbeamten und sie selbst keine rechtswidrigen Zuwendungen erhalten bzw. erhalten haben. Das von Herrn Hoffmann angeführte Urteil sei ihr selbstverständlich bekannt. Inzwischen liege auch eine zweitinständige Entscheidung zu der Angelegenheit des Verwaltungsgerichtshofes Rheinland-Pfalz vor. Auch diese kenne sie.

Diese Urteile hätten jedoch auf Nordrhein-Westfalen keine unmittelbaren Auswirkungen. Es gebe jedoch einen Erlaß des Innenministeriums vom 09.04.2003, der die Nebentätigkeiten von Hauptverwaltungsbeamten regelt und daher anzuwenden sei. Selbstverständlich würden sowohl ihre Kollegen als auch sie selbst sich an die geltende Rechtslage halten.

Herr Hoffmann möchte wissen, was er sich unter diesem Erlaß vorzustellen habe bzw. was dort geregelt werde.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß sie Herrn Hoffmann den Erlaß gerne in Kopie übersende. Die dort getroffenen Regelungen seien recht kompliziert.

2. Einwohneranfrage von Herrn Tomas M. Santillán zum US-Cross-Border-Leasing

Herr Tomas M. Santillán verleiht seine Einwohneranfrage vom 28.05.2003 zum US-Cross-Border-Leasing. Dieses Schreiben ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Sodann gibt Bürgermeisterin Opladen zu der Angelegenheit eine Stellungnahme ab und beantwortet die gestellten Fragen. Diese Ausführungen sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

9. Zusammenlegung der Kath. Grundschule Buchmühle und der Ev. Grundschule Am Broich

Der Rat faßt einstimmig folgenden Beschluß:

1. **Der Zusammenlegung der früheren katholischen Grundschule Buchmühle und der früheren evangelischen Grundschule Am Broich wird zugestimmt.**
2. **Die Stadt Bergisch Gladbach errichtet am Standort „ Am Broich 8, 51465 Bergisch Gladbach“ eine Gemeinschaftsgrundschule. Die Schule führt den Namen „Städtische Gemeinschaftsgrundschule An der Strunde“.**

10. Entgelte für die VHS-Veranstaltungen im Herbstsemester 2003

Der Rat faßt einstimmig folgenden Beschluß:

Die Entgelte für das Herbstsemester 2003 werden in der Fassung der Vorlage beschlossen.

**11. Erhöhung der Ausleihgebühren für die Geräte der Bildstelle ab 01.07.2003**

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

**Der Erhöhung der Ausleihgebühren für Geräte der Bildstelle der Stadtbücherei Bergisch Gladbach zum 01.07.2003 wird zugestimmt.**

**12. Erlaß von Richtlinien zur Bewirtschaftung der Schulbudgets**

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

**Die „Richtlinien zur Bewirtschaftung der Schulbudgets“ werden in der Fassung der Vorlage beschlossen.**

**13. Antrag der SPD-Fraktion vom 06.05.2003 auf Umbesetzung im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr und im Planungsausschuss**

Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

**Den Ausschußumbesetzungen wird zugestimmt.**

**14. Anfragen der Ratsmitglieder**

1. Anfragen zum Planungsstand Bahnübergang Tannenbergsstraße, zum US-Cross-Border-Leasing, zum Rosengarten und zur Umsetzung der neuen Parkgebührenordnung

- a) Herr Waldschmidt stellt zunächst zum Planungsstand Bahnübergang Tannenbergsstraße folgende Fragen:
- Wie ist der derzeitige Sachstand zur Ersatzlösung des Bahnüberganges Tannenbergsstraße?
  - Welche Förderungsmöglichkeiten bestehen für Planung und Bau?
  - Welche Fristen sind bei den Förderungsanträgen einzuhalten?
  - Welche Anträge wurden bisher gestellt?
  - Wurden bereits Fristen versäumt?
- b) Danach weist Herr Waldschmidt darauf hin, daß das Abwasserwerk derzeit eine Bestandsanalyse des Kanalnetzes für die Bewertung im Rahmen des beabsichtigten US-Cross-Border-Leasing-Geschäftes durchführe. Aufgrund äußerst geringer personeller Ressourcen gehe diese Bestandsanalyse nur sehr schleppend voran. Er stellt hierzu folgende Fragen:

- Ist dies zutreffend?
  - Welcher Aufwand ist für die Bestandsaufnahme erforderlich?
  - Welche Kosten entstehen hierdurch?
  - Werden diese Kosten dem Abwasserwerk erstattet oder belasten diese den Gebührenzahler?
- c) Danach weist Herr Waldschmidt auf die zunehmende Verschmutzung des Rosengartens durch Zigarettenkippen, Bierdosen und andere Gegenstände hin. In Anbetracht der Aktion „Saubere Stadt“ frage er an, wann Abhilfe geschaffen werde.
- d) Zuletzt möchte Herr Waldschmidt wissen, wann die neue Parkgebührenordnung umgesetzt wird.

2. Anfrage zur Verwaltungsbücherei

Frau Böhrs weist darauf hin, daß für die Verwaltungsbücherei im vergangenen Jahr ein Etat in Höhe von 60.800 € zur Verfügung gestanden hat. Dieser Betrag sei um 12.700 € überschritten worden, so daß für Fachliteratur insgesamt 73.500 € ausgegeben wurden. Sie stellt hierzu folgende Fragen:

- Wie laufen die Bestellung und der Einkauf von Fachliteratur ab?
- Wer ist für den Gesamtetat verantwortlich?
- Wie hoch ist in diesem Jahr der Haushaltsansatz und wer achtet auf die Einhaltung?
- Was gedenkt die Verwaltung zu tun, um hier Kosten zu sparen?

3. Anfrage zum Bebauungsplan Nr. 2162 – Feuerwache -, Erste Änderung

Herr Ziffus weist auf die öffentliche Diskussion um die Bezuschussung der Seniorentagestätte des Deutschen Roten Kreuzes in der oberen Hauptstraße in der Stadtmitte hin. In diesem Zusammenhang habe er erfahren, daß das Deutsche Rote Kreuz nicht mehr beabsichtige, dieses Gebäude zu veräußern, und aufgrund dessen die Verkaufsschilder entfernt habe. Er merkt an, daß der Sitz des Deutschen Roten Kreuzes gegenüber in den Gebäuden der ehemaligen Feuerwache ist. In diesem Zusammenhang fragt er nach dem Stand des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2162 – Feuerwache -, Erste Änderung. Der Aufstellungsbeschluß datiere vom 05.08.1999. Hier habe ursprünglich eine konkrete Planungsabsicht bestanden, die aber bislang nicht weiter aufgegriffen wurde, da die besagte Organisation in die alten Gebäude eingezogen sei. Er möchte wissen, was für diesen Bereich geplant ist, insbesondere auch im Zusammenhang mit dem erst vor kurzem rechtsverbindlich gewordenen Bebauungsplan Buchmühle.

4. Anfrage zum Driescher Kreuz

Herr Neuheuser weist darauf hin, daß vor einiger Zeit die Ampeln im Bereich des Driescher Kreuzes abgedeckt wurden. Unter den Abdeckungen sei die

Ampelanlage jedoch immer noch angeschaltet. Er fragt an, warum dies so ist und welche Kosten dies verursacht.

Bürgermeisterin Opladen weist auf die schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion zum Driescher Kreuz hin, die anschließend noch beantwortet werde.

5. Anfrage zur Zukunft der Wirtschaftsförderungs- GmbH des Kreises

Frau Schmidt-Bolzmann fragt an, wie der Stand der Diskussion in den hierfür zuständigen Gremien zur Zukunft der Wirtschaftsförderungs- GmbH des Kreises ist.

6. Anfrage zur Umsetzung des Hartz-Gutachtens

Frau Wöber-Servaes weist darauf hin, daß die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Umsetzung des Hartz-Konzeptes beabsichtige, die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für erwerbsfähige Menschen neu zu strukturieren. Es solle eine neue Leistung geschaffen werden, die künftig sowohl die Arbeitslosen- als auch die Sozialhilfeempfänger umfasse. Sie stellt hierzu folgende Fragen:

- Gibt es Erkenntnisse, wie diese neuen Leistungen aussehen sollen?
- Sind konkrete Folgen für das Sozialamt der Stadt Bergisch Gladbach erkennbar? Wenn ja, welche?

Im Zusammenhang mit der Schaffung von sogenannten „Jobcentern“ sollten von den Arbeitsämtern und Kommunen gemeinsam sogenannte Anlaufstellen geschaffen werden. Hierzu stellt sie folgende Fragen:

- Welche Maßnahmen sind von der Stadt Bergisch Gladbach hierzu ergriffen worden?
- Was sieht die konkrete Umsetzungsplanung vor?

7. Anfragen zur Verkehrsregelung in der Straße In der Auen, zu Trainingszeiten von Handballmannschaften in Sporthallen und zu den Schulen für Behinderte im Stadtgebiet

- a) Herr Dr. Kassner fragt an, ob die Verwaltung eine Möglichkeit sieht, nun endlich den Beschluß des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 06.02.2003 hinsichtlich der Neubeschilderung der Straße In der Auen umzusetzen.
- b) Herr Dr. Kassner weist darauf hin, daß der TV Bensberg eine Basketballmannschaft der Damen in der Bundesliga habe. Demgegenüber habe der TV Refrath eine Handballmannschaft der Männer in der Verbandsliga. Nun sei der Basketballmannschaft zusätzliche Trainingszeit in der Refrather Sporthalle zugedacht worden, was wiederum zu Lasten der Trainingszeiten der Handballmannschaft gehe. Dieser drohe nunmehr mangels

Trainingszeiten eine Abwanderung von Spielern und damit der Abstieg. Er fragt an, ob es eine Möglichkeit gibt, der Handballmannschaft zu helfen. Diese sei auch bereit, in die Halle nach Bensberg zu gehen, in der bislang die Basketballmannschaft trainiert habe.

- c) Herr Dr. Kassner merkt an, daß es im Stadtgebiet von Bergisch Gladbach derzeit zwei Schulen gibt, die sich um behinderte Kinder kümmern. Es handele sich hierbei zum einen um die in städtischer Regie befindliche Wilhelm-Wagener-Sonderschule und zum zweiten um die in Kreisträgerschaft befindliche Fröbel-Schule. Zudem gebe es eine weitere Schule dieser Art in Rösrath. Er fragt an, ob es eine Möglichkeit gebe, auch die Wilhelm-Wagener-Sonderschule in die Trägerschaft des Kreises zu überführen. Immerhin werde diese Schule auch von Kindern aus dem Südkreis in Anspruch genommen.

#### 8. Anfrage zur Errichtung einer Busschranke

Frau Ryborsch fragt an, wann mit der Fertigstellung der Busschranke im Bereich der Haltestelle Mozartstraße (Linie 452, Neu-Frankenforst) gerechnet werden kann. Die Vorarbeiten seien offensichtlich bereits seit längerem abgeschlossen. Dennoch habe man verbunden mit der Maßnahme jede Menge Umgehungsverkehr im Stadtteil.

#### 9. Anfrage zur Vorstandstätigkeit von Bürgermeisterin Opladen beim Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebund

Herr Orth weist darauf hin, daß er diese Angelegenheit bereits in der Sitzung des Hauptausschusses am 27.05.2003 thematisiert habe. Er fragt an, ob Bürgermeisterin Opladen die Auffassung vertrete, daß ihre Vorstandstätigkeit im Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebund keine Nebentätigkeit im Sinne der Nebentätigkeitsverordnung darstelle.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß der Rat nicht ihr Dienstherr sei. Daher sei sie hierüber keine Auskunft schuldig.

#### 10. Schriftliche Anfrage zum Driescher Kreuz

Bürgermeisterin Opladen weist auf die schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 28.05.2003 hin, mit welcher ein Sachstandsbericht zum Vorhaben „Driescher Kreuz“ erbeten werde.

Stadtbaurat Schmickler beantwortet die Anfrage mündlich. Die planungsrechtliche Konzeption für eine Umgestaltung des Bereiches „Driescher Kreuz“ sei in dem zur Aufstellung beschlossenen Bebauungsplan Nr. 2110, der auch den Bereich des S-Bahnhofes und des neuen Busbahnhofes erfasse, enthalten. Auf der Grundlage dieses grundsätzlichen Baurechtes konnte bereits 2002 ein Einplanungsantrag gestellt werden. Die Einplanung sei inzwischen erfolgt. Die Mittelbereitstellung erfolge in den einzelnen Jahren im Haushalt des Landes

und könne daher derzeit nicht im einzelnen prognostiziert werden. Ab 2004 seien Mittel eingeplant, beginnend in diesem Jahr mit 50.000 €. 2005 bis 2007 seien es je 200.000 €, vorbehalten für spätere Jahre blieben 395.000 €. Somit sei eine Streckung der Finanzierung über 5 bis 6 Jahre zu erkennen. Bei der Fortentwicklung der Planung sei der Gleisanschluß der Firma Zanders in besonderer Weise zu berücksichtigen. Anderes als ursprünglich durch die Bezirksregierung vertreten sei hierfür nunmehr doch ein Planfeststellungsverfahren erforderlich. Dieses gelte, obwohl der Gleisanschluß in seiner Lage unverändert bleibe und künftig über den Kreisverkehr verlaufe. Das Planfeststellungsverfahren sei durch die Firma Zanders zu initiieren. Mit dieser und allen anderen an der Nutzung des Anschlusses Beteiligten habe man bereits gesprochen. Alle Beteiligten hätten sich in diesem Gespräch kooperativ gezeigt. Man habe die Übereinkunft erzielt, im Bereich des künftigen Kreisverkehrs keine aufwendige Sicherheitstechnik analog der eines beschränkten Bahnüberganges zu installieren. Es sei viel mehr beabsichtigt, den Bereich mit einem verhältnismäßig geringen technischen Aufwand zu sichern. Hiermit behalte man den bisherigen Zustand grundsätzlich bei. Er hoffe, daß dies im Planfeststellungsverfahren erreicht werden könne. Er hoffe weiterhin, daß die notwendigen Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren bereits im Herbst bei der Bezirksregierung Köln eingereicht werden können. Nach Abschluß des Planfeststellungsverfahrens beabsichtige man im Frühjahr 2004, den Finanzierungsantrag beim Land stellen zu können, um möglichst schnell Fördermittel zu erhalten. Er hoffe, daß sich dieser Weg und dessen zeitlicher Rahmen einhalten lasse.

Bürgermeisterin Opladen sichert zu, daß den Fraktionen und allen Stadtverordneten diese Antwort über die Niederschrift zugänglich gemacht wird.

Danach schließt sie die öffentliche Sitzung.